

Christian Albrecht

Pressesprecher

V.i.S.d.P.

Nr. 94/2001

Kiel, Mittwoch, 21. März 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ekkehard Klug: Schlechte Bildungspolitik ist Diebstahl an den Zukunftschancen junger Menschen

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



In seinem Debattenbeitrag zu **TOP 11** (Konzept zur Sicherung des Lehrerbedarfs) sagte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Schlechte Bildungspolitik ist Diebstahl an den Zukunftschancen junger Menschen.

Gute Bildungspolitik sichert die Zukunftschancen der jungen Generation.

Ohne eine genügende Zahl qualifizierter Lehrer kann es keine gute Bildungspolitik geben.

In einem Interview mit „Focus-online“ ist vor einigen Tagen zum Thema „Lehrermangel“ gesagt worden - ich zitiere - ,

„dass man einfach versäumt hat, die Leute in der Vergangenheit einzustellen, obwohl kein Feld so gut planbar ist wie die Bildungspolitik.“

Ende des Zitats - von Ute Vogt, Spitzenkandidatin der SPD in Baden-Württemberg.

Im Kern hat Frau Vogt Recht: Umfang und Zeitpunkt der Pensionierungswelle waren seit langem genauso bekannt wie der zusätzliche Lehrerbedarf, der sich aus den wachsenden Schülerzahlen ergibt.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen: **Auf das Konto der rot-grünen Landesregierung in Schleswig-Holstein gehen katastrophale Fehler, unter deren Folgen die Schulen unseres Landes noch lange leiden werden.**

An erster Stelle war dies die Verschwendungen dreistelliger Millionenbeträge für eine unsinnige Entbeamungspolitik, die viel zu spät im Sommer letzten Jahres gestoppt worden ist.

Presseinformation

Dieser Kardinalfehler hat in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass die Mittel für einen breiteren Einstellungskorridor fehlten, wie ihn die F.D.P. in den 90er Jahren stets gefordert und in den Haushaltsberatungen beantragt hat.

Der zweite große Fehler, den die rot-grüne Landesregierung in puncto Sicherung der Lehrerversorgung begangen hat, war die Schließung dringend benötigter Lehramtsstudiengänge an der Universität Kiel.

Die Landesregierung hat dadurch den Lehrermangel weiter verschärft und zwar in den von ihrer Entscheidung betroffenen Bereichen der Grund- und Hauptschullehrer und der Sonderschullehrer.

In der Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Entwicklung des Lehrerbedarfs nannte die Landesregierung im Januar 2000 Zahlen für den Lehrerbedarf der kommenden Jahre.

Allein zum Ersatz ausscheidender Lehrer an Grund- und Hauptschulen werden danach jährlich 330 bis 350 neue Lehrer benötigt. Hinzu kommen jene, die man braucht, um auch die von der Landesregierung zugesagten zusätzlichen Stellen zu besetzen. In diesem Jahr sind zum Beispiel im Landshaushalt 20 zusätzliche Stellen für Grund- und Hauptschullehrer veranschlagt.

Es ist also davon auszugehen, dass **der Einstellungsbedarf pro Jahr bei mindestens 350 Grund- und Hauptschullehrer liegt.**

An der Universität Flensburg schwankt die Zahl der Studenten in diesem Lehramt in den letzten vier Jahren zwischen 120 und 230 pro Jahr (Sommer- und Wintersemester zusammengerechnet). Mit anderen Worten: Selbst dann, wenn jeder dieser Studenten ein Examen erreichen sollte - womit natürlich nicht zu rechnen ist -, klafft eine enorme Lücke.

Der Lehrermangel der nächsten Jahre ist daher vorprogrammiert - und zwar auch deshalb, weil die anderen Bundesländer auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls viel mehr junge Lehrkräfte suchen werden als bisher.

Zuletzt hat NRW angekündigt, in dieser Wahlperiode werde man 6.100 zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

Wer hofft, den steigenden schleswig-holsteinischen Bedarf durch vermehrte Anwerbung von außen zu decken, der wird sich bald auf dem harten Boden eines ausgetrockneten Lehrerarbeitsmarktes wiederfinden.

Deshalb und weil der hohe Lehrerbedarf noch bis zum Ende dieses Jahrzehnts fortbestehen wird, führt kein Weg daran vorbei, das Angebot an Lehramtsstudiengängen wieder zu verbreitern, d.h. neben Flensburg auch in Kiel wieder angehende Lehrer für Grund- und Hauptschulen auszubilden.

Dass die Uni Flensburg, so beachtlich ihre Fortschritte auch sind, den steigenden Bedarf allein nicht decken kann, zeigen auch die Flensburger Zahlen für den Bereich der Sonderschulen: Das Grundstudium für angehende **Sonderschullehrer** kann seit drei Jahren nur noch in Flensburg absolviert werden.

Seither sind die Einschreibzahlen dort sogar rückläufig: Sie sind von 69 Studienanfängern im WS 1998/99 auf 65 im WS 1999/2000 gesunken und liegen jetzt im WS 2000/01 nur noch bei 57.

Bei dieser Tendenz ist ein Bildungsnotstand vorprogrammiert. Bereits im Oktober letzten Jahres erklärte das Kultusministerium in seiner Antwort auf eine von mir gestellte Anfrage (Drucksache 15/488), bei den Sonderschulen ständen „*insgesamt nur wenige Laufbahnbewerberinnen und -bewerber zur Verfügung*“.

Dramatisch ist die Entwicklung bei den **berufsbildenden Schulen**.

Auch hier führt kein Weg daran vorbei, neben den Studienangeboten in Flensburg auch weitere Angebote an der Universität Kiel einzurichten.

Das gilt insbesondere für die IT-Fächer. Die Technische Fakultät der CAU verfügt über ideale Voraussetzungen, um **Informatik-Lehrer** auszubilden - die wir im übrigen nicht nur für die berufsbildenden Schulen brauchen.

Da alle Anstrengungen, durch Verbreiterung der Ausbildungsangebote mehr Lehrernachwuchs zu erreichen, erst auf mittlere Sicht Abhilfe bringen, wird es in nächster Zeit auch andere Lösungsansätze geben müssen.

Für Mangelfächer sollten auch „**Quereinsteiger**“ in den Lehrerberuf aufgenommen werden. Im Hinblick auf die fachliche Eignung und pädagogische Nachqualifizierung dieser Seiteneinsteiger muss es jedoch hohe Standards geben. Diese Bedingung ist unverzichtbar, wenn eine hohe Unterrichtsqualität gewährleistet bleiben soll.

Die F.D.P.-Fraktion schlägt vor, sich dabei an einem vor einiger Zeit in unserem Lande bereits einmal erfolgreich praktizierten Verfahren zu orientieren. Es ist unter der Bezeichnung „**Kieler Modell**“ in der Vergangenheit bei den berufsbildenden Schulen erprobt worden. Das Modell sieht wie folgt aus:

Zunächst erfolgt eine befristete Anstellung von Bewerbern, die einen dem Staatsexamen gleichwertigen Hochschulabschluss haben. Verbunden wird dies mit der Verpflichtung, pädagogische und fachdidaktische Ausbildungsinhalte nachzuholen. Dann folgt ein verkürztes Referendariat. Nach dessen Abschluss sollte dann erst die Übernahme auf einer Dauerstelle als beamteter Lehrer erfolgen.

Soweit auch dies noch nicht reicht, um in Mangelfächern genügend Lehrkräfte zu finden, schlagen wir vor, den Schulen **Unterrichtergänzungsfonds** zu geben.

Mit anderen Worten: die Schulen erhalten finanzielle Mittel, die sie so flexibel wie möglich verwenden können, um Engpässe mit Honorar- oder Stundengeberkräften zu beheben - einschließlich der Möglichkeit, auch bezahlte Mehrarbeit ihrer Lehrer zu finanzieren.

Dieser - nach unserer Auffassung in „letzter Instanz“ vertretbare - Lösungsansatz dient dazu, den Schulen vor Ort in einer gegebenen Notsituation Spielräume zu eröffnen, gleichzeitig aber zu verhindern, dass womöglich weniger geeignete ‚Hilfslehrer‘ auf Dauerstellen gehievt werden.

Erfreulicherweise haben die Koalitionsfraktionen zu diesem Vorschlag der F.D.P. Zustimmung signalisiert.

Die CDU-Fraktion hat kürzlich vorgeschlagen, auf einen Schlag 500 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen und damit die für diese Wahlperiode von der Regierung geplanten Einstellungen weitgehend vorzuziehen.

Gegen diese Idee gebe ich zu bedenken: Was nützt es, dort, wo man derzeit z.B. keine Physiklehrer findet, zuhauft neue Stellen zu schaffen, die dann womöglich mit Lehrkräften

anderer, bereits relativ gut besetzter Unterrichtsfächer „aufgefüllt“ werden ? Über den Umfang des jährlichen Einstellungskorridors kann man sicher diskutieren. Auch die F.D.P.-Fraktion ist bei ihren Haushaltsanträgen Ende letzten Jahres über die Vorstellungen der Koalition bei der Zahl neuer Lehrerstellen hinausgegangen.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Mangelfach-Problematik meine ich: Der gestern von Jürgen Weber vorgeschlagene breitere Einstellungskorridor für Mangelfächer ist eine wesentliche sinnvollere Idee als der Vorschlag der Union. Die Situation ist schwierig genug - mit Aktionen, die ein wenig an „Panik-Einkäufe“ bei drohendem Hochwasser erinnern, wird sie vermutlich nicht besser.

Im übrigen wäre all das Bemühen um mehr Lehrerstellen - und zwar richtig zugeordnete Lehrerstellen - für die Katz, wenn unser Land nicht die Attraktivität seiner Beschäftigungsangebote erhöht.

Referendar- und Anwärterbezüge unter dem Sozialhilfenniveau oder ein Siebtel „unterwertig“ besetzter, d.h. nicht angemessen bezahlter **Funktionsstellen** sind kein Aushängeschild für ein Bundesland, das händeringend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sucht. Hier werden wir den Wettbewerb mit anderen Ländern aufnehmen müssen - und zum Nulltarif ist das alles nicht zu haben.

Das Beispiel von Hessen, das mit 1.400 zusätzlichen Lehrern in den letzten beiden Jahren zwei Dritteln des bisherigen Unterrichtsausfalls reduziert hat, oder das Beispiel von NRW, wo in den kommenden Jahren 2,2 Milliarden Mark zusätzlich in Bildung investiert wird -

diese Beispiele zeigen, wie anderswo losmarschiert wird. Passen wir auf, dass Schleswig-Holstein nicht bloß wieder hinterher humpelt.“